

A7

# Antrag

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.  
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

**AntragsstellerIn:** MdB Beate Walter-Rosenheimer, KV Fürstenfeldbruck

**Gegenstand:** **Ausbilden statt abschieben – jungen  
Flüchtlingen in Bayern Chancen geben und  
Perspektiven eröffnen.**

---

## Antragstext

1 In diesen Tagen und Wochen zeigt Bayern zwei ganz unterschiedliche Gesichter.  
2 Engagierte Bürgerinnen und Bürger empfangen tausende Flüchtlinge mit Applaus am  
3 Münchner Hauptbahnhof. Die Bilder von helfenden Händen und erschöpften aber  
4 lächelnden Flüchtlingen gehen um die Welt. Szenen wie diese zeigen wie eine  
5 echte und menschliche Willkommenskultur aussehen kann. Es sind Bilder, die Mut  
6 machen und großen Respekt verdienen.

7 Auf der anderen Seite übertreffen sich Staatsregierung und CSU-Funktionäre mit  
8 populistischen Parolen, schüren mit Begriffen wie „massenhafter Asylmissbrauch“  
9 oder „Einwanderung in die Sozialsysteme“ diffuse Ängste und gießen Öl ins Feuer  
10 derer, die tatsächlich bereit sind, Feuer zu legen.

11 In einer Zeit, in der besonnenes und tatkräftiges Handeln wichtiger ist denn je,  
12 zeigt sich die bayerische Staatsregierung populistisch und offenbart auf  
13 erschreckende Art und Weise Verantwortungslosigkeit gegenüber jenen, die  
14 besonders schutzbedürftig sind.

15 Über die Hälfte der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die heute in München und  
16 andernorts ankommen, ist unter 25 Jahre alt und ihre Zahl wird in Zukunft weiter  
17 zunehmen. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz und  
18 Unterstützung. Es gilt heute anzuerkennen, dass viele der Flüchtlinge angesichts  
19 der zahlreichen Krisen und Konflikte weltweit auf absehbare Zeit nicht in ihre  
20 Heimatländer zurückkehren können.

21 Der Zugang zu guter Bildung und Ausbildung ist gerade für junge Menschen Anker  
22 und Zukunftshoffnung zugleich: Kita, Schule, Betrieb oder Hochschule schaffen

23 nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern berufliche Perspektiven und sind  
24 der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen brauchen junge  
25 Flüchtlinge möglichst schnell uneingeschränkten Zugang zum deutschen  
26 Bildungssystem. Von ihrer frühen und umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe  
27 profitieren sie selbst, aber auch die deutsche Gesellschaft.  
28 Es ist die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam mit  
29 der Zivilgesellschaft dafür Sorge zu tragen, dass junge Flüchtlinge den Schutz  
30 erhalten, den sie benötigen und möglichst schnell und umfassend  
31 gleichberechtigte Teilhabe an der deutschen Gesellschaft erlangen.  
32 Wir fordern die bayerische Staatsregierung deshalb auf:

33 1. Der Forderung der Wirtschaft nach einem gesicherten Bleiberecht für die Zeit  
34 der Berufsausbildung unverzüglich Rechnung zu tragen, indem sich die bayerische  
35 Staatsregierung auf Bundesebene für eine rechtssichere Bleiberechtsregelung für  
36 junge Flüchtlinge während der Berufsausbildung und einer anschließenden  
37 zweijährigen Berufsphase einsetzt. Solange diese Bundesregelung nicht  
38 zufriedenstellend erreicht ist, müssen junge Flüchtlinge in Ausbildung über  
39 entsprechende Landesverordnungen vor einer Abschiebung geschützt werden;

40 2. Sicherzustellen, dass junge Flüchtlinge umgehend nach ihrer Ankunft  
41 vollumfänglichen Zugang zu vorschulischer Betreuung und schulischer,  
42 berufsschulischer und betrieblicher Bildung erhalten, um eine möglichst schnelle  
43 Teilhabe an der Gesellschaft zu gewährleisten;

44 3. Die Schulen und Berufsschulen des Freistaates so auszustatten, dass alle  
45 jungen Flüchtlinge vom ersten Tag an Zugang zu zusätzlicher Sprachförderung  
46 erhalten, damit eine Überführung in den Regelunterricht möglichst zeitnah  
47 gewährleistet werden kann. Dafür müssen die so genannten Übergangsklassen  
48 finanziell und personell ausgebaut werden.

49 4. Sich gemeinsam mit dem Bund dafür einzusetzen, dass die bayerischen Kommunen  
50 angemessen unterstützt und finanziell ausgestattet werden, um die besonderen  
51 Bedürfnisse minderjähriger Flüchtlinge im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention zu  
52 gewährleisten. Besonders zu berücksichtigen sind dabei die Vorrangigkeit von  
53 Kindesinteressen gerade im Hinblick auf ausländerrechtliche Entscheidungen sowie  
54 die konsequente Verbesserung der Lebenssituation von Minderjährigen und die  
55 Gewährleistung verbindlicher Standards bei der Inobhutnahme minderjähriger  
56 Flüchtlinge.

## **UnterstützerInnen**

- Manfred Hierdeis (KV Fürth), OV Prien (KV Rosenheim), Stefan Christoph (KV Regensburg), Christine Schoerner (KV Hof), Manuel Glaßner (KV Fürth), Maria Gabriele Ott (KV Fürth), Dr. Florian Roth (KV München), Gudrun Lux (KV München), Steffi König (KV Rosenheim), Joachim Siebler (KV Ingolstadt), Christian Höbusch (KV Ingolstadt), Ingeborg Joppien (KV Ingolstadt), Doris Wagner (KV München), Else Huber (KV Rosenheim), Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm), Toni Hofreiter (KV

München-Land), Angela Stutzinger-Freund (KV Rosenheim), Christian Stadler (KV Rosenheim), Thomas Knorr (KV Regensburg), Thomas Zitzelsperger (KV Regensburg), Astrid Bösl (KV Regensburg), Bernhard Wildangel (KV Regensburg), Matthias Ernst (KV Straubing), Angelika Wegener-Hüssen (KV Ingolstadt), Gaby Rau (OV Rosenheim), Elisabeth Scharfenberg (KV Hof), Jan Halbauer (KV Fürstenfeldbruck), Peter Herold (KV Hof), Andrea Dinisch (KV Hof), Walter Kiehne (KV Hof), Thomas Friedich (KV Hof), Katharina Schulze (KV München), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg), Mücahit Tunca (KV München), Helga Stieglmeier (KV Erding), Jochen Semle (KV Ingolstadt), Monika Wenger (KV Erding), Gerald Forstmaier (KV Erding), Tina Ehrlinger (KV Erding), Lena Rauh (KV Erding), Sofie Langmeier (KV München), Monika Heilmeyer-Schmittner (KV Erding), Jens Ehrlinger (KV Erding), Florian Geiger (KV Erding), Christiane Roth (KV Erding), Christoph Sticha (KV Erding), Henrike Hahn (KV München), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Gisela Sengl (KV Traunstein), Claudia Stamm (KV München), Helga Mandl (KV Traunstein), Martin Stümpfig (KV Ansbach), Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch Bad Windsheim)